

Regierungsrat

Rathaus
4509 Solothurn
www.so.ch

Eidgenössische Finanzverwaltung
Ökonomische Analyse und
Beratung
Herr Dr. Martin Baur
Bundesgasse 3
3003 Bern

9. Dezember 2013

Übergang vom Förder- zum Lenkungssystem / Varianten eines Lenkungssystems Konsultation

Sehr geehrter Herr Dr. Baur

Die Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartements EFD, Frau Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, hat uns mit Schreiben vom 6. September 2013 die Unterlagen betreffend Übergang vom Förder- zum Lenkungssystem / Varianten eines Energielenkungssystems zur Konsultation zugestellt. Wir nehmen dazu gerne wie folgt Stellung:

1. Grundsätzliches

Wir stehen dem vorgesehenen Wechsel vom bisherigen Fördersystem zu einem zielführenden Lenkungssystem positiv gegenüber. Von den beiden vorgeschlagenen Varianten bevorzugen wir die Variante 2. Diese Variante sieht - im Gegensatz zu Variante 1 - neben höheren Abgaben auf Brennstoffen und Elektrizität - auch eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen vor. Da die neue Energiepolitik nicht nur den Ausstieg aus der Kernenergie, die Förderung der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz zum Ziel hat, sondern auch eine Reduktion der Treibhausgasemissionen, ist die Belastung von Treibstoffen notwendig. Die ist insbesondere auch deshalb erforderlich, weil der Treibstoffverbrauch die grösste Herausforderung für die Erreichung der Klimaziele darstellt.

Wir fordern aber, dass die geplanten Abgaben keinesfalls zu einer Erhöhung der Staatseinnahmen führen dürfen; also haushaltsneutral sein müssen. Sie müssen an die Bevölkerung und Wirtschaft ohne Einkommensumverteilung rückerstattet werden. Sie sind zudem ausschliesslich zur Erreichung der Klima- und Energieziele einzusetzen und auf eine angemessene Höhe zu beschränken. Wir sind uns bewusst, dass sich die konkrete Ausgestaltung der Lenkungsabgabe als sehr komplex erweisen wird.

Damit energieintensive Unternehmen durch die Energieabgabe in ihrer Wettbewerbsfähigkeit nicht nachhaltig geschwächt werden, ist es notwendig, Ausnahmen vorzusehen. So kann die zunehmende Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten der schweizerischen Unternehmen gemildert und der Industriestandort Schweiz insgesamt wieder etwas gestärkt werden. Dabei ist eine Verknüpfung der Abgabentlastung in Verbindung mit Energieeffizienzzielen notwendig, wie dies im Rahmen der Umsetzung der parlamentarischen Initiative 12.400 vorgesehen ist.

2. Antworten zu den Konsultationsfragen

Ergänzend zu unseren grundsätzlichen Ausführungen beantworten wir im Anhang zu diesem Schreiben Ihre Konsultationsfragen gemäss Anhang 1 des Grundlagenberichtes vom 2. September 2013.

Abschliessend verweisen wir auf die konsolidierte Stellungnahme der Vorstände der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren und der Konferenz der kantonalen Energiedirektoren zum vorliegenden Geschäft. Wir unterstützen diese gemeinsame Stellungnahme resp. schliessen uns dieser – soweit sie nicht im Widerspruch zu unseren Ausführungen steht – an.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Esther Gassler
Frau Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber